

„erst als der Ruf des Islam verklungen war, konnte der Katholizismus antworten: ‚Requiem aeternam dona eis, Domine . . .‘ (Ewige Ruhe schenke ihnen, o Herr . . .)

. . . Das Werk des italienischen Katholiken Giuseppe Verdi, gespielt und gesungen von Juden in Israel, dirigiert von einem Inder und die Solopartien von zwei Neger-sängerinnen, einem jüdischen Tenor und einem italienisch-katholischen Bassisten – ist das nicht ein ökumenisches Ereignis? Und dies alles in Bethlechem, in Juda, der Stadt Davids . . . An diesem Abend war Bethlechem das Salzburg Israels. Bethlechem, das sonst nur um die Weihnachtszeit einen solchen Strom von Besuchern kennt, erlebt seinen Sommernachtstraum.“

Bürgermeister Elias Bandak begrüßte die Festgemeinde arabisch und englisch, Moshe Sasson verlas ein Begrüßungsschreiben des Ministerpräsidenten Levi Eshkol, das von der Macht der Musik handelt und ihrer völker-versöhnenden Sprache, hebräisch und englisch. Dirigent Zubin Mehta dankte dem Bürgermeister und den drei Patriarchen. (Gemeint sind hier nicht Abraham, Isaak und Jakob, obwohl ersterer im Texte vorkommt: „Abraham promisierte“ (die Verheißung an Abraham), sondern der armenische, griechische und lateinische Patriarch. (Ich führe sie hier in alphabetischer Reihenfolge auf, denn dem Sohn des Alten Bundes würde es nicht anstehen, Rangordnungen unter den Hütern der Geburtsstelle des Neuen Bundes aufzustellen) . . .

Liest man die hebräische Übersetzung von Ephraim Dror mit, so wird einem klar, wie viel von unserem biblischen und sogar nach-biblischen Glaubensgut in die lateinische Liturgie eingegangen ist. Ist nicht etwa der dreimalige Sanctus, der hier von zwei Chören vorgetragen wird, unsere Kedduscha?² Ja, sogar bei Begriffen, die zunächst rein christlich anmuten, wie zum Beispiel Agnus Dei (Lamm Gottes), fand der schriftgelehrte Übersetzer einen korrespondierenden Ausdruck aus der rabbinischen Literatur, worauf er ausdrücklich hinweist: „Zon -Gavoa“.

Lateinisch erklingen die Worte, ihr hebräischer Urtext schimmert hindurch, und in allen Sprachen ist das Grundthema des Requiem verständlich: die Vergänglichkeit des Menschen. Über dieser Erfahrung aber schwebt die Hoffnung auf die Auferstehung und das ewige Leben. Sie wird in den Kirchen verkündet und ebenso in den Synagogen und in den Moscheen: Wenn die Posaune des jüngsten Gerichtes erschallt, wenn die Bücher des Gedächtnisses geöffnet werden, wenn sich das Weltgericht vollendet, dann erscheinen auch unsere gegenwärtigen Aspirationen in der richtigen Relation. Man sollte auch das unter den Klängen dieses Requiems bedenken.

Vor mir saß eine wunderschöne junge Nonne. Auf ihrem Madonnengesicht spiegelte sich die große Botschaft dieser liturgisch-musikalischen Schöpfung. Sie lebte Wort und Ton mit, und es schien mir, daß sich in ihren Zügen die Erlösung malte, die in den großen Schlußakkorden Ereignis wird, hinausgejubelt in die Nacht von Sopran und Chor. In der Bitte schon liegt die Gewissheit: „Ewige Ruhe schenke ihnen, o Herr; es leuchte ihnen das ewige Licht! – Erlöse mich. Libera me!“

² Hebr. „Heiligung“, wird bei der Wiederholung des Achtzehngebets durch den Vorbeter an den dritten Segensspruch eingeschaltet.

4 Haben sie auch vorher protestiert?

Unter dieser Überschrift bringt die ‚Jerusalem Post‘ vom 3. Mai 1968 den nachfolgenden, ihr zugegangenen Brief von Leo A. Rudloff OSB, Abt von Maria-Heimgang auf dem Zionsberg in Jerusalem¹

Sehr geehrter Herr, Jerusalem, 30. April 1968
lassen Sie mich davon ausgehen: Auch ich war gegen die Militärparade in der Form, wie sie veranstaltet werden sollte². Es wäre eine großzügige Geste Israels gewesen, zugunsten einer Verständigung noch frühzeitig, nicht unter Druck, darauf zu verzichten.

Doch seine Stimme jetzt in Protest zu erheben ist nichts als Heuchelei bei jenen, die sie nicht auch schon vorher laut erhoben haben, als der jüdische Friedhof am Ölberg systematisch entweiht, über fünfzig Synagogen zerstört, der freie Zugang zur Klagemauer verwehrt wurde und als Nasser – um das zu vervollständigen – den Völkermord des jüdischen Volkes in Israel öffentlich ausrief und befahl. Was meine Person betrifft, so kann ich es verstehen, daß das Volk in Israel seiner Freude, wenn vielleicht auch überschwenglich, darüber Ausdruck gibt, daß ihm ein zweiter Massenmord erspart geblieben ist.

[Der Hochwürdigste] Leo A. Rudloff OSB
Abt der Abtei von der Dormitio

¹ Aus dem Englischen übersetzt vom Original in der englisch-sprachigen Tageszeitung ‚Jerusalem Post‘.

² Dazu die Meldung aus dem ‚Bulletin des Staates Israel‘ (3/14). Bad Godesberg, 14. 11. 1968:

Keine militärischen Paraden mehr

In Israel werden am Unabhängigkeitstag keine militärischen Paraden mehr abgehalten. Dieser Beschluß wurde auf einer Sitzung des Kabinetts auf Wunsch von Verteidigungsminister Dajan gefaßt, der feststellte, daß solche Paraden keinen nützlichen Zweck mehr erfüllten. Ein Sonderausschuß soll passende Möglichkeiten zur Begehung des Nationalfeiertages prüfen.

5 „Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten“

Diskussion um eine internationale Studenten-Konferenz im Mai 1968 in Beirut

Unter der Schirmherrschaft des *Christlichen Studentenweltbundes* (WSCF) und des *Student Christian Coordinating Committee of Libanon* fand im Mai 1968 in Beirut (Libanon) eine internationale Konferenz über das Thema „Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten“ statt. An diesem „Forum für den Dialog zwischen arabischen und westlichen Christen zur Frage des arabisch-israelischen Konflikts“ nahmen, wie den von der Evangelischen Studentengemeinde in der Bundesrepublik und Berlin (West) herausgegebenen „ESG-Nachrichten“ (Nr. 40 vom 14. 6. 1968) zu entnehmen ist, Studenten, Lehrer und Pfarrer aus Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz, Jordanien, der Bundesrepublik Deutschland, USA, Tschechoslowakei, Syrien und Palästina teil, aber aus Israel war niemand eingeladen.

Die Erklärung, die als Ergebnis dieser Konferenz herausgegeben wurde, hat eine lebhaft und zum Teil heftige Diskussion ausgelöst. Die offenkundig sich einseitig den arabischen Argumenten anschließende Erklärung,

in der Israel und (nach arabischer Terminologie) dem „Zionismus“ alle Schuld zugeschrieben wird, aber die existenzgefährdende Bedrohung durch die arabischen Staaten, die Haßaufrufe zur Vernichtung Israels und zur Ausrottung der Juden in Israel ebenso verschwiegen oder verharmlost und historische Fakten außer acht gelassen werden, hat berechtigten Widerspruch erfahren. Besonders angreifbar ist auch der unmögliche Vergleich der terroristischen Palästina-Befreiungsbewegung mit den europäischen Widerstandsbewegungen gegen die nationalsozialistische Herrschaft. Der Pfarrer der Evangelischen Studentengemeinde Darmstadt, *Martin Stöhr*, hat mit Entschiedenheit gegen die Beiruter Erklärung Stellung genommen.

Wir bringen als Dokumentation nachstehend die wichtigsten Punkte der Beiruter Erklärung und die Stellungnahme Martin Stöhrs.

(Die Redaktion des Freiburger Rundbriefs)

Die Beiruter Erklärung

In der (von uns gekürzten) Erklärung heißt es:

1. Wir sind gegen Eroberung durch militärische Macht, eine Handlungsweise, durch die Israel sich im Nahen Osten seit seiner Gründung ausgezeichnet hat. Es gibt keine Rechtfertigung für die Beschlagnahme von Ländereien und Wohnstätten, die den palästinensischen Arabern seit Jahrhunderten gehört haben. Das ungeheure menschliche Leiden, das diese Eroberung hervorgebracht hat, kann nicht wegdiskutiert werden. Wir Vertreter der westlichen Welt und Araber verstehen die Lage der Juden; wir wissen, wie sie gelitten haben und in vielen Teilen der Welt weiterhin leiden, wie sie verachtet und mißhandelt und gezwungen wurden, heimatlos auf unsicherer Wanderschaft zu sein. Aber diese Ungerechtigkeit legitimiert in keiner Weise das, was Israel den palästinensischen Arabern angetan hat, Menschen, die nicht für die Leiden verantwortlich waren, die die Juden an anderer Stelle ertragen mußten. Weiterhin sind wir der Ansicht, daß derartige Eroberungen von seiten des jüdischen Volkes nicht notwendig sind, um eine sichere, friedliche Existenz im Nahen Osten zu finden. Die gegenwärtige arabische Feindschaft gegen Israel rührt nicht vom Antisemitismus her, sondern vielmehr von wiederholten israelischen Aggressionen.
2. Die Ursache dieser israelischen Aggression liegt in der zionistischen Ideologie begründet, mit seiner ganzen Ausschließlichkeit und Intoleranz¹. Wir glauben, daß die alttestamentarische Vision von Zion nicht auf einen bestimmten Staat innerhalb der menschlichen Geschichte übertragen werden kann.
3. In unserer Zeit ist es anachronistisch und gefährlich, einen Staat auf dem Primat aufzubauen, den eine bestimmte religiöse Tradition beansprucht. Dies gilt nicht nur für Israel, sondern für alle Länder der Welt.
4. Wir bestätigen das Recht der palästinensischen Araber, in ihren eigenen Gebieten zu wohnen, und wir bedauern zutiefst die gewaltsame Evakuierung von mehr als 1,5 Millionen Arabern, die während der durch die Existenz Israels 1948, 1956 und 1967 ausgelösten Kriege ihre Heimat verlassen mußten². Das erste Bedürfnis dieser Flüchtlinge ist Gerechtigkeit, nicht Mitleid. Eine dauernde Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes hängt von der baldigen Rück-siedlung dieser Flüchtlinge nach Palästina ab³.
5. Im großen und ganzen ist es unsere Überzeugung, daß eine gerechte dauerhafte Lösung des arabisch-israelischen Konfliktes auf der wechselseitigen Bereitschaft der Araber und Juden, zusammen in Palästina zu leben, beruhen wird. Dies jedoch erfordert ein politisches System, das jedem Bürger und jeder sozialen Gruppe wirkliche Freiheit und Gleichheit garantiert.
6. Ein grundlegender erster Schritt zur Lösung des Konfliktes wäre die israelische Einwilligung in die Resolution der UN, die einen Rückzug der Truppen von den Gebieten fordert, die im Anschluß an den Angriff im Juni 1967 besetzt wurden. Wir sind tief bestürzt über die Tatsache, daß statt des Versuchs, eine politische Lösung des Konfliktes zu erzielen, Israel offensichtlich danach strebt, eine andauernde Besetzung der Gebiete beizubehalten, deren es sich in Jordanien, Syrien und Ägypten bemächtigt hat. (Israelische offizielle Stellen sprechen von diesen Gebieten als „Neues Israel“ und „Groß-Israel“).
7. Die sich ständig verringern- de Wahrscheinlichkeit einer politischen Lösung des Nah-Ost-Konfliktes aufgrund der israelischen Unnachgiebigkeit hat zur Gründung von Palästina-Befreiungsbewegungen geführt, deren bekannteste die AL-FATAH ist. Nach allen uns zur Verfügung stehenden Informationen scheint diese Bewegung die verbreitete Bestrebung der palästinensischen Araber zu repräsentieren und keine terroristische Organisation zu sein. Ihr Hauptziel ist es, den Aufbau eines demokratischen palästinensischen Staates zu ermöglichen, in dem Moslems, Juden und Christen und andere friedlich leben und an ihm ganz teilhaben können. Für die palästinensischen Araber scheint diese Bewegung eine den europäischen Widerstandsbewegungen in den von den Nazis besetzten Ländern während des Zweiten Weltkriegs vergleichbare Rolle zu spielen.
8. Der arabisch-israelische Konflikt sollte nicht losgelöst von anderen internationalen Problemen interpretiert werden. Besonders sollten die großen Probleme der Unterentwicklung und des Neokolonialismus in der Dritten Welt mit berücksichtigt werden. Der Kampf der palästinensischen Araber ist vergleichbar den nationalen Befreiungskämpfen vieler anderer Völker in der Dritten Welt. Der Staat Israel ist von der arabischen Welt oft als ein Vorposten des Westens im Nahen Osten angesehen worden und hat als solcher auch tatsächlich häufig fungiert.
11. Die Bedeutung Jerusalems für alle Gläubigen spricht das Gewissen aller Menschen guten Willens an als ein Symbol der Verständigung unter den Menschen. Befreit von jeglicher Form eines *fait accompli* sollte Jerusalem in dieser ökumenischen Ära wieder ein Zeichen des Segens im Herzen der Welt werden. Frieden für Jerusalem!

(Nach „ESG-Nachrichten“ Nr. 40. 14. Juni 1968 – Na 4/68, Seite 11 bis 13.)

¹ Vgl. FR VII, 25/28, S. 59 f.: Israel und seine arabische Umwelt.

² Vgl. FR V, 19/20, S. 15 f.: Die arabischen Flüchtlinge.

³ Vgl. „Das palästinensische Flüchtlingsproblem“, XI, 41/44, S. 89

Stellungnahme zu der Erklärung von Beirut

Von Martin Stöhr, Pfarrer der evangelischen Studentengemeinde Darmstadt

Vom 10. bis 19. Mai 1968 fand in Beirut/Libanon und Amman/Jordanien eine internationale Konsultation über „Gerechtigkeit und Friede im Nahen Osten“ statt, deren Teilnehmer am 20. Mai eine Erklärung abgaben, die nicht unwidersprochen bleiben darf, zumal da der Eindruck erweckt wird, daß der Christliche Studenten-Weltbund diese Erklärung deckt.

Es ist zu fragen: Warum man die Betroffenen, nämlich Juden innerhalb und außerhalb von Israel, Christen und Araber aus Israel sowie Experten, die zum Thema Israel im christlich-jüdischen Dialog gearbeitet haben, nicht einlud. Die Zeiten, in denen Christen über Israel und seine Probleme in Abwesenheit von Juden sprechen, sollten der gemeinsam anti-jüdischen christlichen Vergangenheit angehören. Christliche Gespräche, die zum Frieden führen sollen, müssen die vereinigen, zwischen denen Frieden geschlossen werden soll.

Die Erklärung vermeidet es, zur zentralen Frage des Nahostproblems Stellung zu nehmen: Hat Israel als jüdischer Staat ein Lebensrecht im Nahen Osten oder nicht? Wer das Lebensrecht eines jüdischen Staates in Palästina verneint, muß dies offen aussprechen, muß erklären, wie und warum er die Beschlüsse der UNO (vom 29. 11. 1947), denen u. a. die USA, Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und die CSSR zustimmten, über die Errichtung eines jüdischen Staates übergehen will. Er muß sagen, wie er sich die Existenz der Juden in Israel vorstellt, ob die Staatsgründung von 1948 rückgängig gemacht werden soll.

Die Erklärung erweckt den Eindruck, als habe Israel durch „militärische Macht, eine Handlungsweise, durch die Israel sich im Nahen Osten seit seiner Gründung auszeichnet“, das Land erobert. Demgegenüber ist daran zu erinnern,

a) daß es seit dem Altertum immer Juden im Land gegeben hat,

b) daß Israel Zufluchtsstätte der Juden wurde, die durch Pogrome des zaristischen Rußland, durch die ungeheure Vernichtung durch das nationalsozialistische Deutschland und durch die Vertreibung von 500000 Juden aus den arabischen Ländern gefährdet waren,

c) daß Juden und Araber Erben, Objekte und Betrogene zugleich des zerfallenden Osmanenreiches, der Machtpolitik der westeuropäischen Kolonialmächte und der bis zum heutigen Tag im Nahen Osten um ökonomische und politische Macht ringenden Großmächte unserer Tage sind,

d) daß seit Generationen jüdische Siedler sowie dann der Staat Israel sich in einer beispiellosen Leistung das Land erschlossen, aufbauten und besiedelten. An diesem Vorgang hatten auch die im Lande verbliebenen Araber, deren Zahl sich in 20 Jahren fast verdoppelte und die zum ersten Mal von der feudalistischen Macht ihrer eigenen oder kolonialen Herren befreit wurden, teil,

e) daß die Juden und das Land Israel in einer historischen und theologischen Beziehung stehen, die nicht einfach übergangen werden kann. Wir Christen sollten vorsichtig sein, jüdisches Selbstverständnis – das sich nicht auf eine glatte Formel bringen läßt – zu übersehen, biblische Verheißungen zu spiritualisieren, zumal bei dieser Spiri-

tualisierung wesentliche Teile biblischer Aussagen verloren gingen. Diesem Vorgang der Spiritualisierung fielen nicht nur zahllose Juden, sondern auch Ausgebeutete und Rechtlose zum Opfer.

Die Aussage der Erklärung, daß die gegenwärtige arabische Feindschaft gegen Israel nicht vom Antisemitismus herrühre, ist eine Leerformel, da Haß gegen Israel oder Antizionismus zu den gleichen Vernichtungsschlägen führen können. Zu fragen ist, ob und wie weit die arabischen Regierungen den Haß gegen Israel, der gewiß seine Ursache auch im Entstehen Israels hatte, benutzten, um die ständig gefährdete arabische Einheit zusammenzuschmieden. Dadurch wird Israel eben doch zum Sündenbock oder Feind Nr. 1 der Araber – mit allen Gefahren einer solchen irrationalen politischen Haltung. Äußerungen einiger arabischer Politiker und die Praxis im Umgang mit den Flüchtlingen zeigen, daß sie als Faktoren im Kampf gegen Israel betrachtet wurden und nicht als Menschen, denen rasche Hilfe nur durch rasche Integration zuteil werden konnte, wozu Israel immer materielle und politische Unterstützung anbot. Was taten die arabischen Führer, was die arabischen Christen, um in den Massen der Bevölkerung den Haß abzubauen? Hätten nicht gerade Christen auf den Mechanismus hinweisen müssen, der aus einer verweigerten Anerkennung des anderen, aus einer verweigerten Versöhnung mit dem anderen, aus einer Erziehung zum Haß gegen Juden und Zionisten (man schaue sich nur die Karikaturen in arabischen Zeitungen an, lese arabische Aufrufe, die Juden ins Meer zu werfen etc.) schließlich zu Aggressionen und Vernichtung führen muß? Es ist banal, zu sagen, daß hier nicht der Antisemitismus die Feder führe, wenn ein ständig angeheizter Haß in den arabischen Ländern, deren Bevölkerung zur Mehrheit nicht wahrhaftig über die Situation in Israel unterrichtet wurde, den gleichen Effekt leistet: ein Volk zum zweiten Mal in einer Generation mit Völkermord zu bedrohen. Wenn die Entstehung Israels mit Unrecht für die arabischen Einwohner des Landes verbunden war, so ist die Vernichtung des Staates Israel das größte Unrecht.

Selbstverständlich sollen und dürfen nicht die arabischen Staaten bezahlen, was das sogenannte christliche Abendland den Juden an Unrecht und Mord zufügte. Aber ebensowenig sind die arabischen Völker davon dispensiert, den existierenden Staat Israel anzuerkennen und die oft beschworene „friedliche Koexistenz“ zwischen Juden und Arabern in der Vergangenheit auch zu einer staatlichen Koexistenz in der Gegenwart zu gestalten. Christliche Araber sind trotz ihrer Minderheitensituation nach einem spezifischen christlichen Beitrag zur Versöhnung zwischen Juden, Arabern und Christen gefragt.

Es ist keineswegs der Zionismus, der die Entstehung des Staates Israel erklärt, so sehr seine (keineswegs eine einheitliche Größe bildenden) Gedanken auch mitgewirkt haben. Wer von Zionismus als einer Ideologie der „Ausschließlichkeit und Intoleranz“ redet, muß sich fragen lassen, welche Spielart von Zionismus er meint oder ob er nicht gar an Denkstrukturen und Vorurteilsklischees appelliert, die von einem Weltjudentum, von den Weisen von Zion oder jüdischer Weltverschwörung sprachen. Den Verfassern der Resolution ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie von den zahllosen Entwürfen dessen, was Zionismus meint und will, in ihrer Differenziertheit und in ihrem heutigen Stellenwert in Israel keine Kenntnis haben oder genommen haben. Genau das ist

auch innerhalb der jüdischen Diskussion, innerhalb des theologischen oder säkularen jüdischen Denkens umstritten, wie weit die Vision des Zionismus mit einem bestimmten Staat innerhalb der menschlichen Geschichte identifiziert werden darf.

Für „eine offene pluralistische Gesellschaft, die allen Bürgern gleiche Rechte und Chancen garantiert“, hat der Staat Israel mehr getan, als die meisten arabischen Staaten. Davon profitieren Drusen, Christen, Moslems. Sitzen Juden – soweit sie nicht vertrieben wurden – in irgendeinem arabischen Parlament, wie Araber in der Knesset? So sehr Israel auf der einen Seite ein säkularer Staat ist, der von Anbeginn sehr stark sozialistisches und demokratisches Gedankengut im Aufbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft verwirklicht, so sehr steht Israel eben in Kontinuität mit dem Israel, das auch der Gott der Christen sich wie die Christenheit auserwählte als Zeuge seiner Existenz und seines Wollens in dieser Welt. Seine Zeugen hat Gott nirgendwo widerrufen.

Die Verfasser der Erklärung verschweigen, daß Israel volle Entschädigung für das verlorene Eigentum der etwa 700 000 geflohenen Araber anbot, daß Israel 48 000 arabische Flüchtlinge wiederaufnahm, 1949 die Aufnahme weiterer Flüchtlinge anbot, Entschädigung für verlorenes arabisches Eigentum zahlen will, den Wert von Bankkonten und Schließfächern von Palästinensern an diese in Höhe von 40 Mill. DM überwies. Die inzwischen wesentlich gestiegene Flüchtlingszahl verlangt geradezu eine direkte Verhandlung zwischen allen beteiligten Staaten. Die Resolution verschweigt die Vielzahl und den Inhalt der in Israel diskutierten Pläne zur Lösung des Problems der Koexistenz zwischen Israel und Arabern und zur Beseitigung des Elends der arabischen Flüchtlinge, um den einfachsten Weg zu gehen, daß man nämlich die Gruppe derer herausstellt, die ein „Groß-Israel“ wollen. Nichts wird davon gesagt, wie stark diese Gruppe ist, nichts davon, daß sie nicht zuletzt durch eine intransigente Haltung der meisten arabischen Politiker wächst, daß man also die Kreise in Israel produziert und stärkt, die man dann als Chauvinisten kritisiert. Eine Auseinandersetzung mit der Forderung Israels nach direkten Verhandlungen wäre vonnöten. Welche Gründe sprechen eigentlich dagegen? Daß man Israel als nicht-existent ansieht? Der Verweis auf die UNO-Resolution wäre glaubhafter, wenn auch auf die Sicherheitsrats-Beschlüsse verwiesen worden wäre, die Israel z. B. freie Durchfahrt durch den Suezkanal gewährten, die aber nie verwirklicht wurden, so wie Israel nie als Aggressor verurteilt wurde. Israel will verhandeln und nicht erobern – obwohl es seit 20 Jahren von vielen arabischen Stimmen mit Vernichtung bedroht wird und es fünf Länder der arabischen Liga waren, die 1948 den Krieg gegen den Staat Israel begannen, nach den Worten des damaligen Generalsekretärs der arabischen Liga, „einen Krieg der Ausrottung und ein Massaker, von welchem man sprechen wird wie von den Massakern der Mongolen und Kreuzfahrer“ (Azzam Pascha am 15. 5. 1948) –.

Präsident Nasser am 26. Mai 1967: „Die Schließung von Charm el Sheikh ist gleichbedeutend mit einer Konfrontation mit Israel. Es wird sich diesmal um einen totalen Krieg handeln, und unser Ziel ist die Vernichtung Israels.“ Die Sperrung des Golfes von Akaba war bekanntermaßen ein Casus belli. Hätten Ägypten und Syrien gesiegt, stünden heute die Christen wie die Weltöffentlichkeit mit Scham und Trauer vor den überlebenden Juden,

Schuldbekennnisse produzierend, die ihnen erspart blieben, da Israel sich allein helfen konnte. Jeder weiß, daß es ein knappes Überleben war, das für die Zukunft gar nichts garantiert, wenn es nicht zu einer Verständigung kommt.

Die Erklärung spricht für beide Seiten die Hoffnung auf Gewaltlosigkeit bei der Lösung des Konfliktes aus. Das bleibt ein frommer Wunsch, wenn man gleichzeitig die Widerstandsbewegung der palästinensischen Araber mit ihrem Versuch, den Frieden in Nahost durch Gewalt und Guerillataktik zu erreichen, positiv herausstellt. Obwohl solche Widerstandsbewegungen durch die algerische und vietnamesische Freiheitsbewegung wichtige und positive zeitgenössische Parallelen haben, ist zu fragen, ob der Vergleich stimmt. Schließlich sind die Regierungen der arabischen Nachbarländer doch mitverantwortlich für die arabischen Palästinenser. Können sie diese Verantwortung für die arabischen Flüchtlinge nur in Form von Widerstandsbewegungen, die notwendigerweise Terrorismus übernehmen müssen, wahrnehmen? Wäre nicht auch ein Kompromiß mit Israel denkbar? Läge das nicht im wahren Interesse der arabischen Flüchtlinge, statt sie in Flüchtlingslagern in Haß und Widerstand auszubilden? Hat man alle rationes ausprobiert, um guten Gewissens zur ultimo ratio der Widerstandsbewegung greifen zu können? Der Vergleich der israelischen Besetzung mit nationalsozialistischer Besetzung läßt jedes Augenmaß für Realitäten, die sich unter nationalsozialistischer Besetzung und die sich unter israelischer Besetzung ereignen, vermissen. Der Vergleich gerät zur Geschichtsklitterung.

Israel wird der Vorwurf gemacht, als Vorposten des Westens im Nahen Osten zu fungieren. Dieser Vorwurf rührt daher, daß es im Gegensatz zu den staatlichen Anfängen Israels auf die Dauer nur westliche Länder waren, die zu seiner Unterstützung bereit waren. Israel muß von seiner Lage, seinen Bewohnern, seiner Gesellschaftsstruktur her nicht Vorreiter westlichen Hegemoniestrebens sein. Den Konflikt Israel-Araber in das grobe Raster des Neokolonialismus einzuspannen, heißt die Tatsachen vergewaltigen. Es darf nicht vergessen werden: Israel und Araber sind beide bedroht – und in unterschiedlicher Intensität auch abhängig – von den Wirtschaftsinteressen der Großmächte. Alles spricht dafür, daß sie ihren Kampf um eine politische und ökonomische Unabhängigkeit gemeinsam führen sollten. Der Reichtum vieler arabischer Länder bleibt in den Händen weniger arabischer oder ausländischer Feudalisten. Land für Millionen Menschen ist vorhanden, Geld zur Industrialisierung auch, die Frage nach einer gerechten Gesellschaftsordnung ist eine kritische Frage, vor allem an die arabischen Länder. Die in der Proklamation des Staates Israel angebotene Kooperation aller Nahoststaaten schafft günstige Voraussetzungen zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung und ermöglichte es den Nahoststaaten wegen der dann überflüssigen Anlehnung an orient-fremde Staaten, freier ihre Geschicke zu gestalten.

Israel, zum übergroßen Teil von Flüchtlingen aus 74 Ländern der Erde gebildet, möchte in Frieden mit den Nachbarn und mit den Großmächten leben. Zwingt eine prinzipielle arabische Verhandlungsunwilligkeit nicht Israel, gegen seine Interessen sich stärker z. B. an die USA anzuschließen? Will man die israelische Abhängigkeit vom Westen wirklich abbauen, dann müssen die arabischen Länder eine andere Politik machen. Sonst

produziert man mitverantwortlich das, was, insgeheim aber als Vorwand erwünscht, kritisiert wird.

Gerade wer übernational zu denken versucht, wird Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Völker des Nahen Ostens wünschen. Zu fragen ist, ob die verweigerte Koexistenz und Anerkennung nicht das araber- und israelfeindliche Spiel der Großmächte ermöglicht.

Jerusalem ist kein „Symbol der Versöhnung“ – wie es in der Erklärung heißt –, sondern ein Testfall der Versöhnung für alle Völker. Israel leistete den freien Zugang der Christen, Moslems und Juden in Jerusalem, während die arabische Besetzung der Altstadt Jerusalems den Juden den Zutritt zu der allen drei Religionen heiligen Stadt verwehrte. „Frieden für Jerusalem“ ist kein inhaltsloser Wunsch für die Zukunft, sondern Imperativ der Gegenwart an Juden und Christen für Frieden und reale Schritte der Verständigung heute einzutreten.¹

¹ Vgl. auch: Abba Eban: Diplomatischer Status für die Heiligen Stätten, in: FR XIX, 69/72, S. 49.

6 Resolution „Israel“ der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom 14. 5. 1968¹

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 14. 5. 1968 in Bad Godesberg einstimmig folgende Erklärung verabschiedet:

„Die Deutsch-Israelische Gesellschaft gibt der Besorgnis ihrer Mitglieder und Freunde darüber Ausdruck, daß die israelisch-arabische Konfliktsituation sich eher erneut zu verschärfen als endlich zu entspannen scheint.

Angesichts der zunehmenden internationalen und auch in der Bundesrepublik feststellbaren Kritik an der israelischen Politik und angesichts einer neuerdings häufiger zu beobachtenden Gleichgültigkeit gegenüber der Kriegsgefahr im Nahen Osten hält es die DIG für angebracht, nachdrücklich auf folgende klar erkennbare Tatbestände hinzuweisen:

1. An der arabischen Politik, die Existenz Israels nicht hinzunehmen, hat sich auch nach dem Junikrieg nichts geändert. Diese Politik ist auf eine Fortsetzung des Krieges und Terrors gegen Israel ausgerichtet und weiterhin von dem Bestreben gekennzeichnet, die Heimstätte des jüdischen Volkes nicht in Frieden bestehen zu lassen. Während Israel jederzeit Verhandlungsbereitschaft und Versöhnungswillen gezeigt hat, weigern sich die arabischen Mächte nach wie vor, mit Israel Verhandlungen über eine dauerhafte Friedensregelung zu führen.

2. Israel hat sich in drei von ihm selbst nicht gewollten Kriegen aus tödlicher Umklammerung, deren erklärtes Ziel der Völkermord war, befreien und einer Kette terroristischer Anschläge erwehren müssen. Deswegen Israel, also das von Aggression bedrohte jüdische Volk, als Aggressor brandmarken zu wollen, stellt eine Verkehrung der Wirklichkeit und historischen Wahrheit dar,

¹ Auf der gleichen Mitgliederversammlung, die unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Bundesinnenminister Ernst Benda, in Bad Godesberg, tagte, hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft auch eine Erklärung abzugeben, die ihre Besorgnis über die Zunahme rechts-extremistischer Tendenzen in der Bundesrepublik zum Ausdruck brachte.

wie sie nur aus Unkenntnis, Verblendung, Gewissenlosigkeit oder Feindschaft erwachsen kann.

3. Mit dem Fortbestehen der von Haß und Unversöhnlichkeit geprägten arabischen Politik und ihrer Rückenbedeckung durch die Sowjetunion besteht auch die existenzielle Bedrohung des israelischen Staates und jüdischen Volkes generell weiter. Die Notwehrsituation ist für Israel generell unverändert geblieben. Nach wie vor hat Israel keine Bündnispartner, auf die es sich in der Stunde der Not stützen kann. Israel ist in seinem Sicherheits- und Selbsterhaltungsbestreben weiterhin darauf angewiesen, sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen.

4. Von Israel zu fordern, sich ohne angemessene arabische Friedensgarantien und Gegenleistungen auf den Status quo ante zurückzuziehen, ist gleichbedeutend mit der Forderung, daß Israel im Interesse seiner Gegner und rivalisierender dritter Mächte seine Existenz freiwillig aufs Spiel setzen solle. Wer diese Forderung stellt und wer einseitig nur die israelischen Verteidigungs- und Vorbeugungsmaßnahmen verurteilt, nicht aber wenigstens gleichermaßen die sie veranlassenden arabischen Aggressionsakte, bestärkt damit jene Kräfte, die sich erneut in den Wahn hineinsteigern, Israel vernichten zu müssen. Solange Israel jederzeit auf einen Angriff vorbereitet sein muß, ist schwerlich zu erwarten, daß es seine jetzt relativ günstigeren Verteidigungslinien preisgibt.

5. Der Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung führt nicht über Krieg und Terror, führt nicht über opportunistische oder einseitig verurteilende Resolutionen, führt nicht über einseitige Vorleistungen und vorbehaltlose Annektionen. Der Weg zum Frieden führt über die Bereitschaft der Mächte, neuerlichen Bedrohungen der israelischen Existenz entgegenzutreten, und führt über die Friedensbereitschaft auch der arabischen Welt zur gemeinsamen Hinwendung auf die wirklichen Zukunftsaufgaben im Nahen Osten.

Unabhängig davon, ob man die Politik Israels im einzelnen billigen will oder nicht, kann es für Deutsche keine Alternative geben zu der Notwendigkeit, sich solidarisch zu bekennen zu dem Recht des jüdischen Volkes, frei und in Frieden in seiner Heimstätte Israel zu leben. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft appelliert deshalb an die Einsicht aller demokratischen Bürger und Kräfte in Deutschland, sich dieser grundsätzlichen Solidarität mit Israel nicht zu verschließen, sondern ihr, wenn immer es nötig ist, offen Ausdruck zu geben.“

7 „Shalom Israel“

Bericht über eine Israel-Woche der Kath. Jungmännergemeinschaft Offenburg vom 11. bis 15. Dezember 1968

Von Johannes Schulze jun., Offenburg

Ein Blick auf die weltpolitische Lage um die Jahreswende zeigt die fast beängstigende Aktualität der letzten Aktion der Katholischen Jungmännergemeinschaft der Offenburger Dreifaltigkeitspfarre. Und das im tiefsten unbeabsichtigt. Grund für die Israel-Woche im Dezember war vielmehr der dreißigste Jahrestag des Pogroms vom